

FREIBERUFLER-TICKER vom 16. Februar 2018

1. ZEW-Umfrage zur DSGVO

In einer [Pressemitteilung](#), die am 13. Februar 2018 veröffentlicht worden ist, informiert das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) über die Ergebnisse einer Umfrage zur Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO): Die Unternehmen der Informationswirtschaft (Informations- und Kommunikationstechnologien/IKT-Branche, medien- und wissensintensive Dienstleister) in Deutschland nehmen die ab dem 25. Mai 2018 geltende Datenschutz-Grundverordnung hauptsächlich als zusätzliche Kosten- und Arbeitsbelastung wahr. Ein Viertel der befragten Unternehmen hatte Ende vergangenen Jahres zumindest Teilaspekte der EU-Verordnung realisiert. Insgesamt knapp 70 Prozent haben jedoch entweder noch gar nicht (42,9 Prozent) oder gerade erst (25,6 Prozent) damit begonnen, die Vorgaben in die Praxis umzusetzen. Im Branchenvergleich haben sich bisher insbesondere die IKT-Dienstleister (62,3 Prozent) mit der Verordnung befasst, während bei den wissensintensiven Dienstleistern wie Rechts-, Steuer- und Unternehmensberatern, Architektur- und Ingenieurbüros, Werbung und Marktforschung, die Mehrheit (55,9 Prozent) die Verordnung entweder noch gar nicht kennt oder sich bisher nicht mit ihr beschäftigt hat. Rund zehn Prozent der Unternehmen gehen davon aus, dass es durch die Regelungen zu Wettbewerbsvorteilen für EU-Unternehmen auf internationalen Märkten kommt.

2. Vor allem Helferberufe drohen im Zuge der Digitalisierung ersetzt zu werden

Das Risiko, durch Computer oder computergesteuerte Maschinen ersetzbar zu werden, steigt am schnellsten in Helferberufen, da viele neue Technologien marktreif geworden sind. Das geht aus einer [Studie](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor, die am 15. Februar 2018 veröffentlicht worden ist. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in einem Beruf mit hohem Substituierbarkeitspotenzial von mehr als 70 Prozent arbeiten, ist von 15 Prozent im Jahr 2013 auf 25 Prozent im Jahr 2016 gestiegen. Der größte Teil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, gut 46 Prozent, arbeitet in Berufen mit mittlerer Substituierbarkeit von zwischen 30 und 70 Prozent der Tätigkeiten eines Berufs. Bei gut 28 Prozent der Beschäftigten könnten der IAB-Studie zufolge weniger als 30 Prozent der Tätigkeiten automatisiert werden. Die Autoren rechnen nicht damit, dass dies in vollem Umfang geschieht. So könnten etwa Kostengründe oder rechtliche Hürden dazu führen, dass nur ein Teil des Automatisierungspotenzials ausgeschöpft werde. Helferberufe, für die typischerweise keine berufliche Ausbildung benötigt wird, weisen mit 58 Prozent das höchste Substituierbarkeitspotenzial auf. Bei Berufen, für die in der Regel ein vierjähriges Hochschulstudium erforderlich ist, liegt das Substituierbarkeitspotenzial bei 24 Prozent. Die Forscher stellen zudem fest, dass sich die Berufe langsamer entwickeln als die potenziellen Einsatzmöglichkeiten neuer Technologien. Sie schlagen vor, kontinuierlich zu überprüfen, inwieweit Berufsbilder anzupassen sind.

3. Destatis zu Gesundheitsausgaben

Die Gesundheitsausgaben in Deutschland haben im Jahr 2017 erstmals die Marke von einer Milliarde Euro pro Tag überschritten. Für 2017 prognostiziert das Statistische Bundesamt (Destatis) laut einer [Mitteilung](#) vom 15. Februar 2018 einen Anstieg der Gesundheitsausgaben gegenüber dem Jahr 2016 um 4,9 Prozent auf 374,2 Milliarden Euro. Vom Jahr 2015 zum Jahr 2016 sind sie um 3,8 Prozent auf 356,5 Milliarden Euro gestiegen. Das höhere Wachstum für 2017 ist laut Destatis auf das dritte Pflegestärkungsgesetz zurückzuführen, das am 1. Januar 2017 in Kraft getreten ist.

4. Hinweisseite der EU für einzelne Wirtschaftssektoren zum Brexit

Die Europäische Kommission veröffentlicht fortlaufend technische Mitteilungen zu einzelnen Sektoren, damit Wirtschaftsteilnehmer sich rechtzeitig auf den Austritt des Vereinigten Königreichs am 30. März 2019 vorbereiten können. Die Mitteilungen sind [hier](#) gebündelt zu finden.

5. Große regionale Unterschiede bei den Verdiensten von Männern und Frauen

Eine [Studie](#), die das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) am 12. Februar 2018 veröffentlicht hat, zeigt große Unterschiede im Lohngefälle zwischen den einzelnen Regionen. Während der relative Verdienstunterschied zwischen Frauen und Männern in Dingolfing-Landau, Ingolstadt, Böblingen, dem Bodenseekreis oder Erlangen sehr hoch sei, verdienen in 29 ostdeutschen Städten und Landkreisen wie Cottbus, Frankfurt/Oder, Märkisch-Oderland, Potsdam oder Weimar Frauen mehr als Männer.